

Stiftung Marktwirtschaft

Politischer Beirat

Mitglieder des Beirats sind:

Friedrich Merz, Partner bei der Societät Mayer Brown Rowe & Maw LLP, von 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, gilt als Großmeister des Lobbyismus. Er ist in einer Vielzahl von Aufsichtsräten vertreten und Mitglied einer Reihe von Netzwerken der Wirtschaftseliten (vgl. im Einzelnen [Friedrich Merz](#)); u. a. ist er Gründungsmitglied des Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#). Im März 2006 legte er mit acht weiteren Abgeordneten des Deutschen Bundestags beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte ein. Am 4. Juli 2007 wies das Bundesverfassungsgericht die Klage mit der Begründung zurück, dass das politische Mandat im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen müsse und kritisierte die Gefahr der Befangenheit durch Zahlungen von Unternehmen.^[1]

Dr. Hermann Otto **Solms**, Bundesschatzmeister der FDP und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, ist Mitglied des Expertenrates von CNC Communications & Network Consulting AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Piper Generalvertretung Deutschland AG, Mitglied des Beirats von Thielen-Consult und der Universum Verlagsanstalt GmbH & Co. KG und Mitglied des Parlamentarischen Beirats des Bundesverbandes der Dienstleistungswirtschaft (BDWi). In der Steuerpolitik hatte er 2008 für die FDP ein Drei-Stufen-Modell mit einer Steuertariftreppe von 10, 25 und 35 Prozent entwickelt, das später in der Versenkung verschwand.

Georg **Fahrenschon**, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, Vorsitzender der aus Unternehmern und CSU-Politikern bestehenden CSU-Wirtschaftskommission, seit 17. Mai 2011 Mitglied des Landtags (Nachrücker), war von 1999-2000 Unternehmensberater bei der Arf-Gesellschaft für Unternehmensberatung und von 2000 bis 2002 Projekt- und Organisationsberater bei der Bayerischen Landesbank. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der Münchner Flughafen AG, Mitglied des Münchner Finance Forum e. V. und Mitglied des Kuratoriums des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

Prof. Ingo **Deubel**, Lehrbeauftragter für Finanzwissenschaft und Öffentliche Verwaltung an der Universität Münster, ehemaliger Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz und ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der landeseigenen Nürburgring GmbH. Deubel ist am 7. Juli 2009 als Finanzminister zurückgetreten, nachdem er für die bei der Privatfinanzierung des Freizeitpark-Projekts am Nürburgring entstandenen Verluste in Höhe von mehr als 300 Millionen Euro verantwortlich gemacht worden war.^[2]

1. ↑ [Nebeneinkünfte-Urteil, Focus vom 14. Juli 2007](#), Website Focus, abgerufen am 31.5.2011
2. ↑ [Nürburgring, Stern vom 12. Februar 2009](#), Website Stern, abgerufen am 31.5.2011